



Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich wegen unzutreffender Behauptungen Widerspruch gegen den Artikel mit dem Titel „Klima-Almosen“ des Autors Peter Korneffel in der Monatszeitschrift *Neue Energie* von Dezember 2011. Zuerst skizziere ich die wichtigsten Elemente der Initiative Yasuní-ITT, um die es im genannten Artikel geht. In den Erdölfeldern ITT (Ishpingo-Tambococha-Tiputini), welche zum Nationalpark Yasuní im Osten Ecuadors gehören, befinden sich mehr als 20 Prozent der ecuadorianischen Erdölvorkommen. Dennoch entschloss sich der Präsident von Ecuador, Rafael Correa Delgado, im Jahr 2007, dieses unter dem artenreichsten Naturreservat der Welt lagernde Erdöl nicht zu fördern, um die dort lebenden indigenen Völker sowie den Regenwald zu schützen und gleichzeitig eine Antwort auf die planetare Herausforderung des Klimawandels zu geben. So hat sich Ecuador verpflichtet, die 846 Millionen Barrel Erdöl des ITT-Gebiets nicht zu fördern und hierdurch den Ausstoß von 407 Millionen Tonnen CO₂ zu vermeiden. Ein von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) eingerichteter Yasuní-ITT-Treuhandfonds soll dazu dienen, die Beiträge verschiedener Länder, Organisationen, Institutionen sowie von Unternehmen und Privatpersonen zu sammeln. Denn Ecuador verlöre bei Nichtförderung der genannten Erdölvorkommen ungefähr 7 Milliarden Dollar und ist bereit, die Hälfte dieser entgangenen Einnahmen selbst zu tragen. Dieser Betrag ergab sich aus den Berechnungen von 2007; wegen des heutigen Stands der Erölpreise müssten mindestens 30% zusätzlich addiert werden.

Wie der Autor mit Recht hervorhebt, übernahm die Bundesrepublik Deutschland - auch nach dem Selbstverständnis des damaligen „SPD-geführten Entwicklungsministeriums“ - bei dieser „globalen Initiative die Führungsrolle“. Aus der ablehnenden Haltung des Bundesministers Dirk Niebel bezüglich der Initiative folgert Herr Korneffel allerdings, dass die deutsche Absage dem „Pilotvorhaben den Garaus gemacht“ habe. Diese Aussage suggeriert ein definitives Ende der Initiative. Doch in Wahrheit bedeutet die Ablehnung des ecuadorianischen Vorschlags durch die Bundesregierung keineswegs, dass der UN-Treuhandfonds damit hinfällig würde. Zur Untermauerung seiner These zitiert der Autor die Abgeordnete Frau Koczy (Bündnis 90/Die Grünen) mit den Worten, Yasuní-ITT sei „zu revolutionär“, die „präventive Aktion, Erdöl im Boden zu lassen“, sei „nicht durchsetzbar“ gewesen. Auch hierbei wird jedoch die Tatsache vernachlässigt, dass die Initiative zu keinem Zeitpunkt eingestellt werden sollte, sondern im Dezember 2011 lediglich plangemäß einer Evaluierung unterzogen wurde. Diese ergab, dass der Einzahlungsbetrag von 100 Millionen US-Dollar für den Nationalpark Yasuní im Jahr 2011 übertroffen wurde. Diese Summe umfasst die Beiträge des Treuhandfonds sowie für diesen Treuhandfonds gebundene Beiträge, aber auch die durch die Nationale Finanz-Corporation (CFN) verwalteten Beiträge und die für die nicht rückzahlbare technische Zusammenarbeit gebundenen Geldmittel, die auf Projekte im Nationalpark Yasuní Anwendung finden werden.

Zudem möchte auf eine neue Rechtsnorm der Verfassung Ecuadors bezüglich der Veröffentlichung überprüfter Informationen hinweisen. Die Verfassung von Ecuador wurde 2008 innerhalb von acht Monaten von einem gewählten Verfassungskonvent unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung - in Form von offenen Foren - ausgearbeitet. Die neue Verfassung wurde per Volksentscheid durch 64 Prozent der wahlberechtigten Ecuadorianer im September 2008 angenommen. Die Republik Ecuador besitzt seither in umweltpolitischer und arbeitsrechtlicher Hinsicht sowie in Bezug auf Transparenz und auf die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten weltweit eine der fortschrittlichsten Verfassungen.

Der Artikel 18 Nr. 1 der Verfassung von Ecuador garantiert das Recht auf wahrheitsgemäße Berichterstattung in den Medien, d.h. auf das „Suchen, Empfangen, Austauschen, Erstellen und Verbreiten von wahrheitsgemäßer, überprüfter, angebrachter, kontextualisierter sowie pluraler Information ohne vorherige Zensur und mit nachträglicher Verantwortung über Tatsachen, Ereignisse und Vorgänge von allgemeinem Interesse.“ Der Autor schließt seinen Artikel jedoch mit der nicht zutreffenden Aussage, diese Initiative sei „gescheitert“.

...2...



Darüberhinaus behauptet Herr Korneffel, dass es „sich nicht belegen“ lasse, „ob das ehrgeizige Angebot ein anderes Denken und Handeln zu Arten- und Klimaschutz hätte einläuten können.“ Bei einem energiepolitischen Thema von so globaler Relevanz wäre es hingegen angebracht, die innovativen Anreize, die eine Umsetzung der Initiative bewirken würde, und die vielfältigen Formen des Widerstands, auf welche sie stößt, zu unterstreichen. Dieser Vorschlag Ecuadors war keine einfache Entscheidung, da in der ecuadorianischen Bevölkerung eine Vielzahl von dringenden Grundbedürfnissen besteht – die soziale Entwicklung des Landes bedarf bedeutender Investitionen des Staats. Der ecuadorianische Staat kann nur eine Lösung finden, wenn er eine entsprechende Antwort von der internationalen Gemeinschaft sowie der Weltpresse erhält. Es wäre somit angemessen, die vielfältigen Formen des Widerstands, auf welche diese revolutionäre Initiative stößt, zu benennen. Denn wie alle grundlegend neuen Vorschläge trifft auch die mit der Logik der profitorientierten Rohstoff-Ausbeutung brechende - in diesem Sinne revolutionäre - Initiative Yasuní-ITT auf mächtigen, organisierten Widerstand.

Die Initiative Yasuní-ITT ist das einzige Biodiversitäts- und Klimaschutzprojekt, das ein neues, internationales Finanzierungskonzept vorsieht, welches der Nord-Süd-Asymmetrie Rechnung trägt. Das Prinzip der Mitverantwortung, das sich auf die historische Verantwortung der Industrieländer in Bezug auf den globalen Kohlendioxidausstoß bezieht, ist überdies eins der zentralen Aspekte der Initiative. Dieses kapitale Nachhaltigkeitselement lässt der Autor bei seiner Berichterstattung aus: stattdessen zählt er beliebige, weitere Umweltprojekte u.a. aus Peru, Panama und Paraguay auf, die jedoch mit Yasuní-ITT unvergleichbar sind. Denn keins der von Herrn Korneffel genannten Projekte implementiert eine - wegen der zunehmenden Erderwärmung heute umso dringender - unverzichtbare präventiv-ganzheitliche Antwort auf den weltweit voranschreitenden, bedrohlichen Verlust an Biodiversität. Das immense medizinische Potenzial - Stichwort genetische Diversität - der dort vorkommenden Artenvielfalt kann gegenwärtig nur erahnt werden. Das Kapital sowie die Zinsen aus dem seit August 2010 fertiggestellten Treuhandfonds sollen zudem in Projekte für erneuerbare Energien in Ecuador fließen und für Naturschutz, Aufforstung, angemessene Bewirtschaftung einer Million Hektar Wald sowie für wissenschaftliche und technologische Forschung verwendet werden. Dies belegt, dass Ecuador - wo bereits heute die Wasserkraft eine wichtige Energiequelle darstellt, weitere Wasserkraftwerke gegenwärtig gebaut werden und mittelfristig Elektrizität aus Wasserkraft exportiert wird - im Interesse der Weltbevölkerung einen sowohl sozial gerechten als auch nachhaltigen Entwicklungspfad einschlägt. Die finanzielle und politische Unterstützung der Initiative Yasuní-ITT wird daher in der Zukunft entscheidend sein für die überfällige Umsetzung der Energiewende, welche sich anhand der Beiträge aus den Industrialisiertenstaaten auf eine neuartige, internationale Kooperation stützen wird.

Diese einzigartige Initiative wird es ermöglichen, dass Ecuador - wo mittels Yasuní-ITT die Anwendung erneuerbarer Energien wie Photovoltaik und Windenergie massiv gefördert werden kann - das erste Land der Erde sein wird, das ausschließlich erneuerbare Energien nutzt. Laut dem Impressum ist Ihre Zeitschrift das „Organ des Bundesverbandes *WindEnergie* e.V. (BWE)“. Eine auf erneuerbare Energieträger zählende Redaktion wie *Neue Energie* sollte alle verschiedenen Facetten der Initiative Yasuní-ITT beleuchten, anstatt ausgerechnet diejenigen Tatsachen zu verschweigen, welche dem Titel ihrer Zeitschrift nach zu urteilen dem Hauptinteresse Ihrer Berichterstattung entsprechen sollten.

Hochachtungsvoll

Jorge Jurado

Botschafter der Republik Ecuador in der Bundesrepublik Deutschland



Anhang (Faltblatt Yasuní-ITT)

Neue Energie
Neustädtische Kirchstraße 6
Berlin 10117